

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Agrarausschuss**

21. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Februar 2001, 15:15 Uhr  
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Jürgen Feddersen (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

in Vertretung von Claus Ehlers

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Dr. Heiner Garg (F.D.P.)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus über die Vorgänge um das Kalb Jeanne d'Arc</b>	<b>4</b>
<b>2. Aktuelle BSE-Diskussion unter Einbeziehung der Vorstellungen der Landwirtschaftskammer zur „gläsernen Produktion“ und zur Weiterentwicklung des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“</b>	<b>8</b>
hierzu: Umdrucke 15/726, 15/747, 15/748, 15/749	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 15:15 Uhr, begrüßt die zahlreich anwesenden Pressevertreter sowie die Vertreter der Landwirtschaftskammer und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Auf Wunsch der SPD-Fraktion wird die Beratung der Drucksachen 15/650 und 15/658, Eckpunkte für einen verbesserten Verbraucherschutz, sowie der Drucksachen 15/652, 15/676 und 15/677, Entschließung zu den erforderlichen Maßnahmen auf Grund der BSE-Vorfälle, von der Tagesordnung abgesetzt. Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht des Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus über die Vorgänge um das Kalb Jeanne d'Arc**

St Rüdiger von Plüskow dankt für die Möglichkeit, als „singulär Betroffener“ eine Darstellung der Ereignisse um das Kalb Jeanne d'Arc aus Nordhastedt geben zu können, auch wenn dies, wie er sagt, nur aus einem subjektiven Empfinden heraus in einer gewissen Stresssituation geschehen könne. Er trägt sodann den Sachverhalt vor und betont dabei, dass, als es zu dem geschilderten Vorfall gekommen sei, von den rund 350 Tieren des Hofes von Bauer Voß zwei Transporte schon abgefertigt gewesen seien und auf dem Hof nur noch ein Transporter mit Kälbern gestanden habe. Auf diesem Wagen sei das betreffende Kalb Jeanne d'Arc gewesen.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Diskussion mit Fragen zu Pressemeldungen über ein Exportverbot von Rindern auf Grund des Vorfalls „Jeanne d'Arc“. St von Rüdiger Plüskow stellt zunächst die Rechtslage vor. Nach dem Handelsrecht gebe es einen solchen Exportstopp nicht. Über Einzelverträge wie beispielsweise mit dem Libanon werde zurzeit neu verhandelt. In diesen Verträgen gebe es zugegebenermaßen bestimmte Klauseln bezüglich regionaler Exportverbote bei BSE-Vorkommnissen. Diese Klauseln bedeuteten aber keinesfalls ein generelles landesweites Exportverbot.

Dem von Abg. Peter Jensen-Nissen aus Presseberichten vermuteten „gewissen Drohpotenzial“ gegenüber dem Besitzer des Kalbes von Seiten der Regierung, um die Herausgabe des Kalbes zu forcieren, stellt St Rüdiger von Plüskow eine andere Sichtweise von Gewaltpotenzial gegenüber. In Nordhastedt habe ein erhebliches Gewaltpotenzial darin bestanden, dass 350 Demonstranten nur rund 15 Polizeibeamten gegenübergestanden hätten und das Gewaltpotenzial habe sich nicht zuletzt darin gezeigt, dass er, St. Rüdiger von Plüskow, auch dann noch, als

das Kalb bereits aus dem Wagen herausgeholt gewesen sei, in den Transporter gestoßen werden sollte.

Abg. Friedrich-Carl Wodarz begrüßt die Absicht der Landesregierung, betroffene Betriebe in Zukunft nicht mehr presseöffentlich machen zu wollen. Was die Art der Demonstration angehe, weise er für seine Fraktion die Gewaltanwendung entschieden zurück. Darüber hinaus dürfe es auch keine Schuldzuweisungen an St Rüdiger von Plüskow geben, der nur versucht habe, schlichtend einzugreifen. Angesichts von Erfahrungen, die er, Abg. Friedrich-Carl Wodarz, zum Beispiel auf einer Demonstration in Rendsburg gemacht habe und angesichts der dort zu lesenden Plakate, auf denen zur Keulung von Ministerriegen aufgefordert worden sei - dankenswerterweise habe Bauernverbandspräsident Steensen sich in wohlthuender Weise von diesen Plakaten distanziert -, halte er Schuldzuweisungen an St. Rüdiger von Plüskow für nicht vertretbar. Aus diesem Grund wolle er den Antrag stellen, dass der Ausschuss das Verhalten der Demonstranten in Nordhastedt gegenüber St. Rüdiger von Plüskow verurteilen solle. Der Ausschuss sollte dahin votieren, dass er jedes Mittel der Gewalt als Ausdruck der Meinungsäußerung ablehne. Damit sollte der Ausschuss für solche Personen ein Signal geben, die es darauf anlegten, die Situation eskalieren zu lassen. Die Frage „Keulung des ganzen Bestandes oder Kohortenlösung“ könne man sicherlich sachgerecht mit den Betroffenen diskutieren, Gewaltanwendung aber dürfe es nicht geben.

Abg. Peter Jensen-Nissen hält die Aussage von M Franzen „Das Gespräch ist zu Ende - der Krieg geht weiter“, wie er sie der „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 05.02.2001 entnommen habe, für unangemessen und will wissen, ob diese Aussage so gefallen sei.

St Rüdiger von Plüskow hält entgegen, dass er Aussagen anderer, die er nicht selbst gehört habe, weder bestätigen noch negieren könne. Der Vorsitzende stellt anheim, diese Frage schriftlich beantworten zu lassen.

Auf die Frage des Abg. Peter Jensen-Nissen, ob versucht worden sei, auf dem Hof von Bernd Voß die Herausgabe des Kalbes mit der Androhung einer Exportsperrung und der Nichtauszahlung von Entschädigungen aus dem Tierseuchenfonds zu erzwingen, schildert MR Dr. Ekkehard Best seine Gespräche mit dem Hofbesitzer über die tatsächlichen Folgen bei Nichtherausgabe des Kalbes sowie über die mögliche Alternative, das Kalb in die Bundesforschungsanstalt für Viruserkrankungen auf der Insel Riems zu überstellen.

St. Rüdiger von Plüskow fügt auf weiteres Nachfragen von Abg. Peter Jensen-Nissen hinzu, dass es überhaupt kein Missverständnis darüber geben könne, dass Herrn Voß die ihm zustehende Entschädigung aus dem Tierseuchenfonds gezahlt werde, einschließlich des herausge-

nommenen Kalbes, da die Schätzungen schon mit dem Tier noch im Mutterleib stattgefunden hätten. Damit sei für Herrn Voß die Tatsache, dass das Kalb nicht mit in die Keulung gegangen sei, ohne finanzielle Auswirkung geblieben. Festgelegt worden sei inzwischen auch, dass das Tier isoliert untergebracht und ein eigener Betrieb dafür eingerichtet werde. Das bedeute, dass die Familie Timm, die das Kalb übernommen habe, beim zuständigen Veterinäramt eine Genehmigung einholen müsse und gleichzeitig das Verfügungsverbot des Kreises als Ordnungs- und Veterinärbehörde um diesen „Kleinhof“ weiter aufrechterhalten bleibe. Ferner würden die rechtlichen Weiterungen, die mit der Gründung eines Betriebes einhergingen, automatisch in Gang gesetzt. Es gebe aber kein Problem, dieses Tier unter diesen Bedingungen vor Ort weiter zu etablieren.

Abg. Klaus Klinckhamer distanziert sich im Namen seiner Fraktion von den in Rendsburg und auf dem Kreisbauerntag in Stormarn gefallenen Äußerungen und begrüßt die von Abg. Wodarz beantragte Resolution.

Im Weiteren erfolgt ein Meinungsaustausch zwischen St. Rüdiger von Plüskow und Abg. Peter Jensen-Nissen zu missverständlichen Presseerklärungen aus dem MLR dahingehend, Ausgleichszahlungen aus dem Tierseuchenfonds seien nicht zu zahlen. St Rüdiger von Plüskow betont erneut, dass die Zahlung aus dem Tierseuchenfonds in vollem Umfange geleistet werde. MR Dr. Ekkehard Best erinnert an die Güteabwägung, das Tier ohne Ohrenmarke an die Familie Timm abzugeben oder die übrigen Kälber über Gebühr lang im Transporter stehen zu lassen. Die Ohrenmarke sei nachträglich an die Familie Timm aus dem Bestand des Hofes Voß übergeben worden. Auch die Verfügung, dass das Tier unter einer Verbringungssperre stehe, sei am Mittwoch nachgereicht worden. Der Ort des Kalbes sei entgegen vielen Presseberichten bekannt. Er selbst habe von der Familie Timm angeboten bekommen, den Unterbringungsort zu besichtigen. Das habe er aber abgelehnt, um nicht noch mehr Vorwürfe in die Richtung zu provozieren, das MLR habe das Kalb wegnehmen wollen. Ihn, Dr. Best, nerve dieses „Bambi-Kalb“ inzwischen ganz furchtbar. Über den Lerneffekt bei den Landwirten, die inzwischen die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen aus dem Effeff beherrschten, sei er allerdings hocherfreut.

Auf eine Frage des Vorsitzenden an St. von Plüskow, ob dieser noch einmal einer solchen Bitte nach Vermittlung nachkommen würde, wie sie vom Dithmarscher Landrat ausgesprochen worden sei, betont St. Rüdiger von Plüskow, dass er zu einer solchen Demonstration nicht wieder fahren würde. Wer einmal so etwas durchgemacht habe, könne das sicherlich nachvollziehen. Im Übrigen hoffe er, dass man sich eines Tages wieder vernünftig werde miteinander unterhalten können. Er habe jedes Verständnis für die katastrophale Situation jedes Betriebsinhabers und für seine Angst, dass ihn BSE treffen werde. Das MLR tue aber alles,

um die Krise zu meistern. Mit der Familie Voß beispielsweise hätten die Vertreter des MLR überhaupt keine Probleme gehabt, auch wenn Herr Voß in einer sehr emotionalen Stimmung gewesen sei. Es sei darum gegangen, Herrn Voß zu helfen, und dies sei letzten Endes auch gelungen, weil sich die Leute dann doch noch beruhigt hätten.

Abg. Peter Jensen-Nissen geht auf diese Erklärungen dahin ein, dass er , Abg. Peter Jensen-Nissen, offensichtlich ein „Opfer überbordender Pressemeldungen gewesen sei“. Dennoch halte er daran fest, dass einige seiner Fragen nicht eindeutig beantwortet worden seien.

Zum Abschluss der Diskussion stellt der Vorsitzende folgende Resolution zur Abstimmung:

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Ausschuss verurteilt das gewaltsame Verhalten eines Teils der Demonstranten in Nordhastedt gegenüber St von Plüskow. Bei allem Verständnis für die Existenzangst der Landwirte lehnt der Ausschuss Gewalt jeglicher Art als Mittel der Meinungsäußerung ab.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Aktuelle BSE-Diskussion unter Einbeziehung der Vorstellungen der Landwirtschaftskammer zur „gläsernen Produktion“ und**

**zur Weiterentwicklung des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“**

hierzu: Umdrucke 15/746, 15/747, 15/748, 15/749

Anknüpfend an die Diskussion zu Tagesordnungspunkt 1 fordert der Vorsitzende dazu auf, jeden Versuch zu unternehmen, die BSE-Krise gemeinsam zu meistern. Dazu gehöre auch das Gespräch mit den Vertretern der Kammer.

Kammerpräsident Hermann Früchtenicht begrüßt, dass die Landwirtschaftskammer angesichts der Krisensituation wieder stärker in die Diskussion mit einbezogen werde. Das sei insbesondere deshalb gut, weil die Kammer von der fachlichen Seite und von der Praxis her sowie in der Neutralität einer Körperschaft des öffentlichen Rechts diejenige Institution sei, die in der erforderlichen Kürze der Zeit am schnellsten Lösungen für die Problematik finden könne. Für wichtig erachte er, Kammerpräsident Hermann Früchtenicht, eine starke Einbeziehung der Kammer auch in die Kontrollverfahren. Bezüglich der Gütezeichenarbeit sei bereits in Berlin deren Überarbeitung in Aussicht gestellt worden. Mit dieser Überarbeitung sei inzwischen begonnen worden. Die Kammer sei sowohl im Bereich der Produktion als auch im Bereich der Verarbeitung in der Lage, den jeweiligen Produktionsprozess zu begleiten. Unter dem Gesichtspunkt der Effizienz des Mitteleinsatzes halte er die Landwirtschaftskammer für prädestiniert, politische Wünsche effektiv umzusetzen; denn in der Kammer sei kurzfristig die Kompetenz abrufbar, die anderswo erst aufgebaut werden müsste.

Sodann erläutert AL Dr. Werner Lüpping zunächst die Vorstellungen der Kammer zur so genannten „gläsernen Produktion“ (siehe Umdruck 15/748). Die Kammer habe auch schon in der Vergangenheit sehr deutlich im Bereich des Tierschutzes und des Umweltschutzes gewirkt und sei unter anderem eine anerkannte Kontrollstelle für den ökologischen Landbau; hier sei beispielsweise auf die akkreditierte Kontrollstelle für die Rindfleischetikettierung zu verweisen. Die Kammer widme sich in Bezug auf die BSE-Krise dem vom Land erteilten Auftrag, schnellstmöglich sowohl bei der Kontrolle der Futtermittel als auch bei der Kontrolle der Betriebe hinsichtlich tierischer Erzeugnisse mitzuwirken.



Ein weiterer wichtiger Punkt für die Gewinnung des Verbrauchervertrauens sei darüber hinaus auch eine lückenlose EDV-gestützte Dokumentation der geforderten „gläsernen Produktion“. Eine solche Dokumentation könne als Grundabsicherung bezeichnet werden, auf der dann in einer zweiten Stufe für eine abgehobene Produktion die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems auch für die landwirtschaftliche Produktion anstehe. Ein solches System müsse aber exakt auf die landwirtschaftliche Produktion zugeschnitten sein, weil es sich bei den Landwirtschaftsbetrieben notwendigerweise um Familienunternehmen handle. Aufbauend auf diesen Stufen werde dann das Gütezeichen sicherlich als weiteres Segment einzureihen sein.

Der ökologische Landbau werde in Zukunft vermutlich einen größeren Stellenwert als früher einnehmen, so fährt Dr. Lüpping fort; dies könne eventuell bis hin zu einer gleichberechtigten alternativen Erzeugungsform gehen. Deshalb sollte man auch die Förderungsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Umstellung und Vermarktung nutzen, um umstellungswilligen Landwirten diese Umstellung zu erleichtern.

Daneben müsse allerdings auch die Nachfrage nach ökologischen Produkten gestärkt werden. Dies sei heute noch ein Schwachpunkt auch in Schleswig-Holstein. Hier gelte es anzusetzen, denn man dürfe nicht vergessen, dass langfristig das Gleichgewicht zwischen beiden Erzeugungsarten vom Markt bestimmt werde. Um hier voranzukommen, müssten im Übrigen dann die von ihm vorgetragenen Kontroll- und Prüfungsmaßnahmen auch für den ökologischen Landbau gelten. Die Kammer sei bereit und in der Lage, diese Herausforderungen anzunehmen und die Landwirtschaft auf diesem Wege zu begleiten.

In der sich anschließenden Diskussion appelliert Kammerpräsident Hermann Früchtenicht an die Politiker, die Kammer für diese ihre in die Zukunft gerichtete Arbeit die notwendige finanzielle Unterstützung nicht zu versagen.

Für Abg. Friedrich-Carl Wodarz ist das von den Vertretern der Kammer angezeigte Umdenken in der Kammer ein positives Signal. Die Mehrheitsfraktion werde nicht zuletzt angesichts der BSE-Krise neue Überlegungen über die Einschätzung des Gütezeichens anstellen müssen. Das habe er bereits in Berlin während der Grünen Woche angedeutet. Seine Fraktion habe sich solchen Überlegungen durchaus auch schon geöffnet. Er habe ausdrücklich den Auftrag, auf dieser Basis zu sprechen und auch fraktionsinterne Gespräche zu führen. Seine Fraktion sehe die Kammer durchaus als Partner.

Zur Weiterentwicklung des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ referiert sodann AL Peter Wiegner von der Landwirtschaftskammer anhand der Umdrucke

15/746 bis 15/749. Er bezieht sich dabei auch auf den während der Grünen Woche in der Ausschusssitzung formulierten Auftrag an die Kammer, darüber nachzudenken, wie die Kammer im Rahmen der BSE-Diskussion das Gütezeichen neu ausrichten könne. Dazu gebe es nun in Umdruck 15/746 einen entsprechenden Konzeptentwurf. Im Zuge der Abarbeitung dieses Konzeptes habe man vom Lebensmittelhandel auch schon die Zusage, bei der Absatzförderung von ökologischen Produkten mitzuhelfen, wenn dafür ein Gütezeichen geschaffen werde. Wirkungsvoll habe sich auch der Einsatz von so genannten „Botschafterinnen“ erwiesen; denn man könne beim Verbraucher durchaus schon ein wieder anwachsendes Vertrauen in die heimische Produktion registrieren.

Al Peter Wiegner schließt seine Erläuterungen mit den Hinweis, dass am 12. Februar eine Diskussionsrunde über das Grundsatzpapier mit der Wirtschaft stattfinden werde. Am 21. Februar werde dann der Qualitätsausschuss tagen, der die vorgelegten Grundlagen verabschieden müsse. Anschließend müssten die ganzen Qualitäts- und Prüfungsbestimmungen dann auf der Grundlage der im Konzept enthaltenen Maximen überarbeitet und angepasst werden. Man hoffe, dabei im Gespräch mit den Ausschussmitgliedern bleiben zu können. Spätestens Mitte bis Ende Mai werde man dann auf der neuen Grundlage mit der Arbeit beginnen können, vorausgesetzt, man habe die Unterstützung des Parlaments.

Abschließend spricht Präsident Hermann Früchtenicht noch einmal darüber, dass das Gütezeichen immer Produkte im Premium-Segment zu bedienen habe, die im Lande hergestellt seien. Damit sei das Gütezeichen gleichermaßen für den Handel und für die Verarbeitungsindustrie besonders wertvoll.

St Rüdiger von Plüskow begrüßt die bereits in Berlin diskutierte Neuorientierung beim Gütezeichen; für ihn spiele das Stichwort „Qualitätssicherungssystem“ auch in der Abstufung der Finanzierung eine wichtige Rolle. Dennoch gebe er Folgendes zu überlegen: So richtig es auch sei, das schleswig-holsteinische Gütezeichen selbst zu organisieren, könne dies nicht ohne Einbindung in das geschehen, was zurzeit in Berlin unter dem Stichwort CMA passiere. Denn in diese Gütezeichenarbeit flössen die Mittel des Bundes. Das bedeute, dass man auch darüber nachdenken müsse - die CMA-Problematik sei im Grunde genommen nur ein Anhängsel des Absatzförderungsgesetzes -, wie in Zukunft im Zusammenhang mit den Überlegungen des Bundes vorgegangen werden müsse.

Die Landesregierung wäre deshalb dankbar, wenn solche Überlegungen bei der Weiterentwicklung des Gütezeichens in Schleswig-Holstein mitbedacht und gemeinsam über die Fraktionen nach Berlin transportiert würden.

AL Peter Wiegner erklärt, dass diesbezügliche Überlegungen durchaus schon Eingang in die Konzepte der Kammer gefunden hätten und es eine entsprechende Diskussion bezüglich einer gemeinschaftlichen Umsetzung gebe.

Abg. Rainer Steenblock überlegt, in ein bundeseinheitliches Gütezeichen zumindest die regionalen Komponenten mit einzubringen. Das Prinzip der Regionalität sei für ihn ein zentrales Prinzip für die Landwirtschaft der Zukunft.

Im Mittelpunkt der weiteren Diskussion stehen Befürchtungen über das zu erwartende EuGH-Urteil bezüglich der regionalisierten Förderung von Gütezeichen.

Abg. Peter Jensen-Nissen fordert eine für die Bauern praktikierbare Lösung von Gütezeichenanforderungen. Dafür müsse es nach seiner Auffassung klare Signale auch an die Kammer in finanzieller Hinsicht geben.

Hauptgeschäftsführer Dr. Marquard Gregersen konzediert, dass in der Kammer nicht nur auf Grund der BSE-Krise ein forciertes Umdenken stattfinde, sondern generell nachgedacht werde, um eine Basis für die Zukunft zu finden, die auch von der Politik akzeptiert werde. Bei der Gütezeichenarbeit sei bereits ein schnelles und wie er meine gutes Umdenken gelungen. Er glaube deshalb, dass es sich lohne, über den Konzeptentwurf weiter zu diskutieren. Die Kammer sei bereit, sich in ein von der Landesregierung oder vom Parlament zu vertretendem Konzept für den Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein sinnvoll einzupassen. Die im Konzeptentwurf vorgestellten Leitlinien wolle die Kammer zu einer Kurskorrektur der grundsätzlichen Ausrichtung der Kammer nutzen; diese Kurskorrektur könne in Kürze als Diskussionsplattform dargelegt werden, auf der man gemeinsam einen neuen Weg für die Kammer zu finden hoffe. Bei der vorhandenen Sachkunde der Kammer wäre es seiner Auffassung nach misslich, die Kammer als Auslaufmodell zu betrachten.

St Rüdiger von Plüskow weist die Aussage zurück, dass die Landesregierung die Kammer als Auslaufmodell betrachten könnte. Abg. Peter Jensen-Nissen erwidert, dass er die Ängste von Hauptgeschäftsführer Dr. Gregersen durchaus nachvollziehen könne.

Abg. Helmut Plüschau betont, dass die Kammer für konkrete Angebote zur Neuorientierung in seiner Fraktion offene Ohren finde. Die Fraktion sei bereit, einen entsprechenden Dialog zu führen.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit einem Dank an die Mehrheitsfraktion für deren Bereitschaft, auf Grund der außerordentlich schwierigen BSE-Situation umdenken zu wollen,

sowie mit einem Dank an die Vertreter der Landwirtschaftskammer, so schnell neue Konzeptentwürfe erarbeitet zu haben. Er, Abg. Claus Hopp, hoffe, bei aller unterschiedlichen Auffassung über die künftige Kammerpolitik auch Gemeinsamkeiten für die Zukunft finden zu können. Deshalb fordere er die Ausschussmitglieder auf, das Gespräch mit der Kammer in den Fraktionen bald aufzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende spricht die Auswirkungen von Presseinformationen über BSE-Vorfälle für die betroffenen Landwirte an und empfiehlt, in Zukunft mit allen Mitteln daraufhin zu wirken, dass erst dann Pressemitteilungen von BSE-Fällen lanciert werden, wenn es sich wirklich um positiv bestätigte Fälle handelt. St Rüdiger von Plüskow hält ein solches Vorgehen für sehr wichtig, um die Stresssituation der betroffenen Landwirte zu mindern.

Im Weiteren mahnt der Vorsitzende ein flexibleres Zusammenarbeiten der einzelnen Kreis-tierärzte an. St Rüdiger von Plüskow hält es für unmöglich, zusätzliches Personal auf Verdacht vorzuhalten; man müsse aber tatsächlich zu einer gewissen Flexibilisierung im Vorgehen kommen angesichts der Herausforderungen, die auch die Herauskaufaktion von rund 40.000 Tieren mit sich bringen werde. Die Landesregierung stehe hierüber bereits in fortgeschrittenen Überlegungen.

Der Vorsitzende, Abg. Claus Hopp, schließt die Sitzung um 17:30 Uhr.

gez. Claus Hopp

Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab

Geschäfts- und Protokollführerin